



AOK Bayern
Die Gesundheitskasse

Geschäftsbereich Recht
Bereich Recht
Fachbereich Vergabe

Carl-Wery-Straße 28
81739 München

Kontakt:
Ausschließlich über die Verga-
beplattform DTVP

Datum:
16.06.2026

AOK Bayern · Postfach 83 05 54 · 81705 München

An die interessierten Unternehmen

Vergabeverfahren: „Beschaffung einer Rückmeldeplattform für pflegende Angehörige zur Stärkung sozialräumlicher Ressourcen“

Vergabenummer: 26-053

hier: Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse!

Anbei erhalten Sie die Vergabeunterlagen zum o. g. Vergabeverfahren verbunden mit der höflichen Aufforderung ein Angebot abzugeben.

Bitte beachten Sie bei beabsichtigter Angebotsabgabe die **Anlage „Allgemeine Bewerbungsbedingungen“** sowie die nachfolgenden Hinweise:

1. Auftraggeber & Vergabestelle

Auftraggeber und Vergabestelle ist die AOK Bayern – Die Gesundheitskasse.

2. Rechtsrahmen & Verfahrensart

Die Durchführung des Verfahrens erfolgt unter Berücksichtigung der Bestimmungen des vierten Teils (§§ 97 ff.) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV). Die Vergabe des vorliegenden öffentlichen Auftrags erfolgt im Wege eines **offenen Verfahrens** nach § 119 Abs. 3 GWB, § 15 VgV.

3. Gegenstand der Vergabe

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist der Aufbau eines webbasierten Melde-, Lern- und Analysesystems (Critical Incident Reporting System – CIRS), das pflegenden Angehörigen eine einfache und sichere Möglichkeit bietet, Erfahrungen aus der häuslichen Pflege zu teilen. Durch die strukturierte Erfassung kritischer Ereignisse, Beinahe-Fehler, Unterstützungsbedarfe sowie positiver

Erfahrungen soll Transparenz geschaffen und ein kontinuierlicher Lernprozess ermöglicht werden.

Für den Auftraggeber dient das CIRS als datenbasierte Entscheidungsgrundlage zur Identifikation von Versorgungsdefiziten, zur Qualitätssicherung sowie zur Entwicklung präventiver und unterstützender Angebote. Gleichzeitig wird das Vertrauen der Versicherten gestärkt, indem Rückmeldungen sichtbar aufgegriffen und in konkrete Verbesserungsmaßnahmen überführt werden.

Mit Blick auf die Ziele des Projektes umfasst die Vergabe folgende Leistungsgegenstände: Betriebsbereite Entwicklung einer webbasierten Rückmelde-, Lern- und Analysesystems, das pflegenden Angehörigen eine einfache und sichere Möglichkeit bietet, Erfahrungen aus der häuslichen Pflege zu teilen. Durch die strukturierte Erfassung kritischer Ereignisse, Beinahe-Fehler, Unterstützungsbedarfe sowie positiver Erfahrungen soll Transparenz geschaffen und ein kontinuierlicher Lernprozess ermöglicht werden.

Die Entwicklung und der Betrieb des CIRS erfolgen auf Basis eines EVB-IT Cloudvertrags. Der Vertrag beginnt am 01.09.2026. Es gilt eine Mindestvertragsdauer von einem Jahr.

Weitere Einzelheiten zum Gegenstand des Verfahrens und den Konditionen der Leistungserbringung ergeben sich aus den Vergabeunterlagen insbesondere den **Anlagen „Leistungsbeschreibung“, „Vertrag“ und „Kriterienkatalog für Cloudleistungen“**.

4. Termine & Fristen

Frist für Bieterfragen:	06.07.2026
Angebotsfrist:	17.07.2026
Zuschlags- und Bindefrist:	2 Monate nach Ablauf Angebotsfrist
Vertragsbeginn:	01.09.2026
„Go-live“:	01.11.2026, spätestens 01.12.2026

5. Kommunikation

Die gesamte Verfahrenskommunikation (Abgabe von Angeboten, Einreichung von Fragen, Beantwortung von Fragen, Aufklärungen zum Angebotsinhalt, Nachforderung von Unterlagen, Versand der Vorabinformation nach § 134 Abs. 1 GWB, Versand des Zuschlagsschreibens etc.) erfolgt ausschließlich elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB über das Vergabeportal [DTVP](#). **Bitte beachten Sie, dass Angebote im Vergabeportal zwingend im Bereich für die Übermittlung von Angeboten und keinesfalls über den Kommunikationsbereich des Vergabeportals**

einzureichen sind. Für die Abgabe von Angeboten und die Einreichung von Fragen gelten die in vorstehender Ziffer genannten Fristen. Weitere Hinweise zur Kommunikation und zur Angebotsabgabe können Sie der **Anlage „Allgemeine Bewerbungsbedingungen“** entnehmen.

6. Prüfung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123, oder 124 GWB ausgeschlossen worden sind (§ 122 Abs. 1 GWB). Ein Unternehmen ist geeignet, wenn es die durch den öffentlichen Auftraggeber im Einzelnen zur ordnungsgemäßen Ausführung des öffentlichen Auftrags festgelegten Kriterien (Eignungskriterien) erfüllt (§ 122 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Eignungskriterien dürfen die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens betreffen (§ 122 Abs. 2 Satz 2 GWB).

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens haben die Bieter zur Prüfung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen **folgende Unterlagen vorzulegen:**

a) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Der Auftraggeber überprüft das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB. Die Bieter haben hierzu **mit dem Angebot die Anlage „Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“** ordnungsgemäß ausgefüllt einzureichen.

Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber u. a. nach § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) verpflichtet ist, vor der Erteilung des Zuschlags bei der zuständigen Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind (**Wettbewerbsregister-Auskunft**). Liegt eine Eintragung vor, kann dies zur Folge haben, dass der betreffende Bieter nach den §§ 123, 124 GWB auszuschließen ist.

b) Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU

Mit EU-Verordnung Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 wurden umfangreiche Sanktionen gegen Russland normiert. Unter anderem besteht nach Art. 5k dieser Verordnung für öffentliche Auftraggeber bei Aufträgen oberhalb der EU-Schwellenwerte ein Zuschlags- und ein Vertragserfüllungsverbot. Danach dürfen keine öffentlichen Aufträge an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der genannten EU-Verordnung aufweisen. Die Bieter haben daher

unter Verwendung die **Anlage „Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU“** zu erklären, dass weder der Bieter noch ein am Auftrag beteiligtes Unternehmen (Unterauftragnehmer) einen Bezug zu Russland im Sinne der genannten EU-Verordnung aufweist. Die Erklärung ist **mit dem Angebot** ordnungsgemäß ausgefüllt **einzureichen**.

c) Eigenerklärung Haftpflichtversicherung

Bieter gelten als wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig, wenn diese unter Verwendung der **„Eigenerklärung Haftpflichtversicherung“** erklären, bereits über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU zu verfügen oder spätestens im Falle des Zuschlags bis zur Vertragsunterzeichnung verfügen werden, bei der mindestens folgende Versicherungssummen für

- Personenschäden: 2.000.000 €,
- Sachschäden: 1.000.000 €,
- Vermögensschäden: 500.000 €

umfasst sind. Die genannten Deckungssummen müssen mindestens einmal jährlich in voller Höhe zur Verfügung stehen (vgl. Ziffer 8.6 des Vertrags). Die „Eigenerklärung Haftpflichtversicherung“ ist **mit dem Angebot einzureichen**.

d) Nachweis einer ISO/IEC 27001 Zertifizierung (oder vergleichbar)

Ein Bieter muss über ein nach ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) verfügen. Ein entsprechendes gültiges und von einer bei der [DAkkS \(Deutsche Akkreditierungsstelle\)](#) akkreditierten Stelle ausgestelltes digitales Zertifikat inkl. passender Anwendbarkeitserklärung (Statement of Applicability, SoA) ist **mit dem Angebot einzureichen**. Die Vorlage des Originals bleibt vorbehalten. Gleichwertige Informationssicherheitsmanagementsystemstandards und gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten werden anerkannt, wobei der Bieter in beiden Fällen die Gleichwertigkeit schlüssig darstellen und nachweisen muss.

7. Zuschlagskriterien und deren Gewichtung

Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (§ 58 Abs. 1 VgV). **Zuschlagskriterien** sind der **Preis (Gewicht: 30 %)**, die **Qualität (Gewicht: 55 %)** und die **Ausführungsfrist (15 %)**.

a) Preisbewertung (30 %)

Zur Preisbewertung haben die Bieter die Angebotspreise wie gefordert in die **Anlage „Preisblatt“** einzutragen. Maßgeblich für die Preisbewertung ist der Gesamtangebotspreis (brutto).

b) Qualitätsbewertung (55 %)

Zur Qualitätsbewertung haben die Bieter ein **Leistungserbringungskonzept (nachfolgend „LEK“)** einzureichen.

Das LEK hat im Sinne einer (Power-Point-/PDF-) Präsentation aufzuzeigen, **wie die Anforderungen der Leistungsbeschreibung umgesetzt werden**. Das LEK darf einen **Gesamtumfang von maximal 30 Seiten/Folien** nicht überschreiten; darüber hinausgehende Seiten/Folien werden nicht berücksichtigt.

Das LEK soll auf folgende Aspekte eingehen:

(1) Projektmanagement (Gewicht: 15 %)

Zeigen Sie auf, mit welchen organisatorischen Mitteln und Maßnahmen eine erfolgreiche Projektumsetzung unter Berücksichtigung eines „Go-live“ der (angepassten) Anwendung zum 01.11.2026 oder spätestens 01.12.2026 gewährleistet wird. Gehen Sie in diesem Zusammenhang insbesondere auf folgende Aspekte ein:

- Projekt- bzw. Meilensteinplan: Termine und Fristen - insbesondere Abnahmetermin der entwickelten Anwendung - einschließlich To-dos
- Personelle Ressourcen: Projektteam und Vertreter, sonstige Beteiligte im Background, Einbindung externer Mitarbeiter und Unternehmen, Personalausfallplanung
- Zusammenarbeit & Kommunikation: Prozesse und Abläufe, die eine fehlerfreie und verlässliche Zusammenarbeit gewährleisten, Formate (z. B. Kick-off, Reviews, sonstige Meetings), Tools, Regelmäßigkeiten, Beteiligte, Erreichbarkeiten, Dokumentation von Entscheidungen, Zusammenarbeits-Plattform
- Risikomanagement: Mögliche Projektrisiken, Lösungsansätze für identifizierte Projektrisiken, Überwachung und Dokumentation des Projektfortschritts

(2) Projektrealisierung (Gewicht: 40 %)

Dem Auftraggeber kommt es in diesem Zusammenhang darauf an einen konkreten Gesamteindruck von der „fertigen“ Anwendung im Hinblick auf Funktionen,

Menüführung und Darstellung zu erhalten. Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte der Leistungsbeschreibung mittels textlicher Beschreibung und/oder visueller Darstellung einzugehen:

Das LEK soll insbesondere auf die Umsetzung der funktionalen Anforderungen der Leistungsbeschreibung (LB) eingehen:

- Co-Branding / Integration von Inhalten, Ziffer 3.1.4 der LB
- Eingabefunktion für Nutzende und Darstellung, Ziffer 3.2.1 der LB
- Analyse und Monitoring (Beispielkategorien), Ziffer 3.2.2 der LB
- Betrieb und Support, Ziffer 4 der LB

Das LEK sollte die Reihenfolge der vorgenannten Anforderungen/Aspekte berücksichtigen. Im Falle der Zuschlagserteilung wird das LEK als Teil des Angebots Vertragsbestandteil und konkretisiert insoweit die Leistungsbeschreibung, **darf dieser aber in Bezug auf die dort genannten zwingenden (Muss-)Anforderungen nicht widersprechen**. Zur Klarstellung: Die in der Leistungsbeschreibung genannten zwingenden (Muss-)Anforderungen sind auch dann verpflichtend umsetzen, wenn auf diese im LEK nicht oder nicht vollständig eingegangen wird.

c) Ausführungsfrist (15 %)

Sofern sich ein Bieter mit seinem Angebot zu einem Go-live der Anwendung zum 01.11.2026 verpflichtet (vgl. Dokument „Angebotsblatt“), wird dies im Rahmen der Bewertung des Angebotes positiv honoriert (vgl. nachfolgende Hinweise zur Bewertungsmethode).

8. Bewertungsmethode

a) Preisbewertung

Für die Preisbewertung gilt folgendes:

Bezogen auf den Gesamtpreis (brutto) erhält der Bieter mit dem günstigsten Preis die volle Punktzahl (= 10 Punkte). Von der Punktzahl der nachfolgenden Bieter wird jeweils prozentual der Wert abgezogen, um welchen ihr Angebot über dem des günstigsten Preises liegt. Bei einer Abweichung von mehr als hundert Prozent erhält ein Bieter null Punkte. Minuspunkte werden nicht vergeben. Anschließend wird der erreichte Punktwert mit der jeweiligen Gewichtung multipliziert.

b) Qualitätsbewertung

Für die Bewertung des LEK gilt jeweils folgendes:

Die Bewertung erfolgt anhand eines „Schulnoten-Systems“ von „sehr gut“ (10 Punkte) bis „mangelhaft“ (0 Punkte). Für die Einordnung der Notenstufen und

Punktezahlen ist entscheidend, inwieweit die jeweiligen Ausführungen überzeugend sind. Überzeugend sind die Ausführungen, wenn diese ein möglichst hohes Niveau der Auftragsdurchführung erwarten lassen. Dabei gilt im Einzelnen folgendes:

- **„sehr gut“ (10 Punkte):** Konzeptionelle Ausführungen, die besonders überzeugend sind. Besonders überzeugend sind insbesondere konzeptionelle Ausführungen, die an keinen Mängeln leiden und zusätzlich Leistungen beinhalten, die für den Auftraggeber einen besonderen Mehrwert versprechen (z. B. innovative Leistungen) oder sich in sonstiger Weise (z. B. aufgrund der äußerst gelungenen Darstellungsweise) besonders auszeichnen.
- **„gut“ (8 Punkte):** Konzeptionelle Ausführungen, die keine Mängel aufweisen und daher vollständig überzeugend sind.
- **„befriedigend“ (5 Punkte):** Konzeptionelle Ausführungen, die leichte Mängel aufweisen und daher in geringen Teilen nicht überzeugend sind. Mangelbehaftet sind z. B. oberflächliche, nicht schlüssige bzw. nicht nachvollziehbare, fehlende oder falsche Ausführungen.
- **„ausreichend“ (2 Punkte):** Konzeptionelle Ausführungen, die schwere Mängel aufweisen und daher in erheblichen Teilen nicht überzeugend sind. Eine Bewertung mit „ausreichend“ hat den Ausschluss des Angebots zur Folge.
- **„mangelhaft“ (0 Punkte):** Konzeptionelle Ausführungen, die besonders schwere Mängel aufweisen und daher nicht mehr brauchbar sind. Eine Bewertung mit „mangelhaft“ hat den Ausschluss des Angebots zur Folge.

Die Einordnung der Notenstufen und Punktzahlen erfolgt zusätzlich anhand einer vergleichenden Bewertung der eingegangenen Angebote.

c) Ausführungsfrist

Für die Bewertung der Ausführungsfrist gilt folgendes:

Ein Bieter, der sich mit seinem Angebot zu einem „Go-live“-Termin zum 01.11.2026 verpflichtet, erhält 10 Punkte.

Ein Bieter, der sich mit seinem Angebot zu einem „Go-live“-Termin zum 01.12.2026 verpflichtet, erhält 0 Punkte.

9. Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots werden die erzielten gewichteten Punktzahlen bei den vorgenannten Zuschlagskriterien zu einer Gesamtsumme addiert. Auf das Angebot mit der höchsten Gesamtsumme wird der Zuschlag erteilt. Erzielen mindestens zwei Angebote die höchste Gesamtsumme (sog. „Patt“), gilt als erstes Entscheidungskriterium, welches Angebot bei der Qualitätsbewertung die höhere Gesamtsumme erzielt hat und als zweites Entscheidungskriterium,

welches Angebot bei der Bewertung der Ausführungsfrist die höhere Gesamtsumme erzielt hat. Sollte auch dies zu keinem eindeutigen Ergebnis führen, bleibt ein Losentscheid vorbehalten.

10. Drittunternehmer

Sollen Teile des Auftrags an Drittunternehmer (Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher¹) vergeben werden sollen, ist dies **mit Einreichung des Angebots** unter Benennung der betroffenen Leistungsbestandteile und unter Verwendung der **Anlage „Drittunternehmerverzeichnis“** mitzuteilen.

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, hat der Bieter

- die **Anlage „Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“**,
- die **Anlage „Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU“** und
- die **Anlage „Verpflichtungserklärung Drittunternehmer“**

einzureichen, wobei diese Erklärungen **durch den Drittunternehmer** ordnungsgemäß **auszufüllen** sind.

Weitere Informationen zum Einsatz von Drittunternehmern sind der **Anlage „Allgemeine Bewerbungsbedingungen“** zu entnehmen.

11. Zuschlagserteilung und Vertragsschluss

Der Vertrag ist mit dem Angebot elektronisch zumindest in Textform gemäß § 126b BGB gezeichnet einzureichen. Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande. Die Zuschlagserteilung erfolgt elektronisch via DTVP durch Übersendung eines Zuschlagsschreibens. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers hat der obsiegende Bieter nach Zuschlagserteilung eine schriftliche (§ 126 BGB) Ausfertigung des Vertrags zu unterzeichnen. Als Unterschriftsdatum dieser Ausfertigung gilt für den Auftraggeber das Datum der Zuschlagserteilung und für den Auftragnehmer das Datum der elektronischen Zeichnung.

¹ Im Falle einer Eignungsleihe i. S. d. § 47 VgV werden sog. Kapazitäten durch ein Unternehmen (den „Eignungsverleiher“) zur Verfügung gestellt. Diese können ausschließlich Eignungskriterien betreffen, welche sich auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (z. B. Nachweis eines bestimmten Jahresumsatzes oder einer Haftpflichtversicherung mit bestimmten Deckungssummen) oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (z. B. Nachweis einer bestimmten Anzahl geeigneter Referenzen oder einer bestimmten Anzahl von Fachkräften oder Maschinen) beziehen.

12. Informations- und Wartepflicht gemäß § 134 GWB; Zuschlagserteilung

Die Auftraggeberin wird sich rechtzeitig vor Ablauf der o. g. Zuschlags- und Bindefrist für ein Angebot entscheiden. Vor der Erteilung des Zuschlags (= Vertragschluss) wird die Auftraggeberin gemäß § 134 Abs. 1 Satz 1 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich informieren.

Die Übersendung vorstehender Information erfolgt – wie auch die Zuschlagserteilung – elektronisch in Textform via DTVP. Die Zuschlagserteilung (= Vertragschluss) erfolgt gemäß § 134 Abs. 2 Satz 2 GWB frühestens zehn Kalendertage nach Absendung der Information; sie kann sich insbesondere aufgrund der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß §§ 160 ff. GWB verzögern.

13. Vertraulichkeit / Datenverarbeitung

Die Auftraggeberin sichert nach Maßgabe von § 5 VgV die vertrauliche Behandlung aller Unterlagen und Informationen (insbesondere von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) zu, die ihr im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vergabeverfahrens bekannt werden.

Mit dem Zugang der vorliegenden Vergabeunterlagen sind die Bewerber und Bieter gleichfalls verpflichtet, sämtliche im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekanntwerdenden Unterlagen und Informationen der Auftraggeberin vertraulich zu behandeln.

Die von den Bewerbern und Bietern erbetenen Angaben (auch solche mit Personenbezug) können von der Auftraggeberin zum Zwecke der Durchführung dieses Vergabeverfahrens und – im Fall des Zuschlags – zum Zwecke der Vertragsdurchführung elektronisch verarbeitet und gespeichert werden.

14. Sonstiges

Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung und keine Kostenerstattung gewährt.

15. Liste der einzureichenden Unterlagen

a) Bieter

Für den Fall, dass Sie ein Angebot abgeben, sind folgende Unterlagen **mit dem Angebot** einzureichen:

- Anlage „Angebotsblatt“
- Anlage „Preisblatt“
- Anlage „Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“
- Anlage „Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU“
- Anlage „Eigenerklärung Haftpflichtversicherung“
- gültige Zertifizierung gemäß ISO/IEC 27001
- Leistungserbringungskonzept (LEK)
- Vertrag (elektronisch gezeichnet zumindest in Textform gemäß § 126b BGB)

b) Drittunternehmer

Sofern Sie beabsichtigen Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher (zusammenfassend „Drittunternehmer“) einzusetzen, ist **mit dem Angebot** zusätzlich zu den vorgenannten Unterlagen die

- Anlage „Drittunternehmerverzeichnis“

ordnungsgemäß ausgefüllt einzureichen.

Ferner sind spätestens **auf gesondertes Verlangen** der Auftraggeberin folgende **Erklärungen des Drittunternehmers** abzugeben:

- Anlage „Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“
- Anlage „Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU“
- Anlage „Verpflichtungserklärung Drittunternehmer“

Weitere Hinweise zur Beteiligung von Drittunternehmern in einem Vergabeverfahren können Sie der Anlage „Allgemeinen Bewerbungsbedingungen“ entnehmen.

c) Bietergemeinschaften

Sofern Sie beabsichtigen, als Bieter- bzw. Bergergemeinschaft (BG) ein Angebot abzugeben, ist **mit dem Angebot** die

- **Anlage „Erklärung der Bieter- bzw. Bergergemeinschaft“**

ordnungsgemäß ausgefüllt einzureichen.

Daneben hat **jedes Mitglied** der BG folgende Erklärungen abzugeben bzw. Unterlagen **mit dem Angebot** einzureichen:

- Anlage „Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“
- Anlage „Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU“
- Anlage „Eigenerklärung Haftpflichtversicherung“

- gültige Zertifizierung gemäß ISO/IEC 27001

Die übrigen unter Ziffer 15 a) und b) genannten Unterlagen (z. B. Leistungserbringungskonzept, Drittunternehmerverzeichnis) sind durch die BG gemeinschaftlich einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, dass Erklärungen der BG durch das bevollmächtigte Mitglied der BG ausgefüllt werden müssen. Weitere Hinweise zur Teilnahme an einem Vergabeverfahren als BG können Sie der **Anlage „Allgemeine Bewerbungsbedingungen“** entnehmen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich mit einem Angebot an dem vorliegenden Vergabeverfahren beteiligen. Für eventuelle Rückfragen verwenden Sie bitte ausschließlich die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals DTVP.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Weirauch', written over a horizontal line.

Dr. Moritz Weirauch
Justiziar
Bereich Recht
Fachbereich Vergabestelle

Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung
- Anlage 2: Kriterienkatalog für Cloudleistungen
- Anlage 3: Angebotsblatt
- Anlage 4: Preisblatt
- Anlage 5: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Anlage 6: Eigenerklärung zu den Russland-Sanktionen der EU
- Anlage 7: Eigenerklärung Haftpflichtversicherung
- Anlage 8: Erklärung der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft
- Anlage 9: Drittunternehmerverzeichnis
- Anlage 10: Verpflichtungserklärung Drittunternehmer
- Anlage 11: Allgemeine Bewerbungsbedingungen
- Anlage 12: EVB-IT Cloudvertrag